

Bischöfe in Ungarn:

Bekenner und Angepaßte

Skizzen zu einem noch nicht geklärten Kapitel der jüngsten lutherischen Kirchengeschichte Ungarns

Am 10. Mai 2000 wurde Pfarrer János Ittzés zum Bischof der wieder konstituierten West-Diözese der Ev.-Luth. Kirche Ungarns (künftig: ELKU) gewählt, und zwar mit einer beeindruckenden Mehrheit. Das ist insofern von größter Bedeutung, als Bischof Káldy es vor ca. 30 Jahren abgelehnt hatte, János Ittzés zum Pfarrer zu ordinieren, weil dieser sich geweigert hatte, in seiner Abschiedsrede am Festakt nach Absolvierung des theologischen Instituts ein Lob auf den kommunistischen Staat auszubringen. – Zwar wurde er später doch ordiniert, stand aber nach der „Wende“, im letzten Jahrzehnt also, in Opposition zu den die ELKU leitenden Bischöfen Harmati und Szevik, von denen Ittzés und andere Pastoren glauben, daß sie in der Tradition des Kirchenregiments in kommunistischer Zeit verharrt sind und den dringendsten Neubeginn in der ELKU bisher verhindert haben. Die beeindruckende Mehrheit, die sich hinter den künftigen Bischof Ittzés gestellt hat, bedeutet zugleich eine Niederlage für die Bischöfe Harmati und Szevik – und weckt berechtigte Hoffnungen auf den ersehnten Neubeginn bei Ungarns Lutheranern. Dieser Vorgang deutet an, daß die vergangenen fünf Jahrzehnte der Geschichte der ELKU noch längst nicht zur Gänze aufgearbeitet sind. Die offizielle Version der jüngsten Kirchen-

geschichte versucht in harmonisierender Absicht Probleme zu bagatellisieren und alte Tabuzonen weiterhin auszuklammern. Ein solches „Minenfeld“ der lutherischen Kirchengeschichte Ungarns ist beispielsweise durch die Namen der Bischöfe Lajos Ordass und Zoltán Káldy markiert, die gleichsam die Eckpunkte dieses Minenfeldes bilden. An Schlagwörtern wie „Bekenner“, „Realpolitiker“, „Mitläufer“, „Kollaborateure“ entzündeten sich die Geister noch heute. Es geht um die Frage der Haltung der ungarischen lutherischen Bischöfe gegenüber dem kommunistischen Regime.

Dem Bestreben, mögliche Fehler der Kirchenleitung in der Vergangenheit herunterzuspielen, steht der Fall des Bischofs Lajos Ordass immer hinderlich im Wege: Aus politischen Gründen wurde dieser gegenüber dem kommunistischen Regime unbeugsame Mann inhaftiert und dann von seiner Kirchenleitung amtsenthoben (1948 und 1958) und fallengelassen. Es kam zu halbherzigen Rehabilitierungen, aber noch immer ist Bischof Lajos Ordass ein Thema, das die ungarischen Lutheraner, jedenfalls in der Kirchenführung, nicht gern anrühren, weil man sich dann zu einem peinlichen Versagen der damaligen Kirchenleitung äußern müßte.

Den Autor dieses Beitrags interessiert der Prozeß, der zu einem bedenkli-

chen Niedergang seiner Kirche in theologischer und moralischer Hinsicht geführt hat. Zugleich treibt ihn die Sorge um die theologischen, intellektuellen und moralischen Grundlagen der ELKU von heute. Als aufmerksames Glied seiner Kirche konstatiert er heutzutage sehr divergierende Tendenzen in ihr, das Fehlen von Visionen und Energie sowie einen allseitigen Identitätsverlust.

Um zu veranschaulichen, wie es zu dieser heutigen inneren Lage der ungarischen Lutheraner gekommen ist, analysiert der Autor eine Reihe von Texten, vor allem die „Inaugurationsreden“ (Antrittsreden) von zehn Bischöfen der ELKU aus den Jahren 1945 bis 1990. Dabei arbeitet er heraus, wie der jeweilige Bischof das Verhältnis von Staat und Kirche gesehen und wie er perspektivisch sein künftiges Wirken im Spannungsfeld von Staat und Kirche eingeschätzt hat.

Dieser Beitrag wurde im Rahmen einer Konferenz der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte („Die protestantischen Kirchen in Zentral- und Ostmitteleuropa unter kommunistischer Herrschaft“ vom 20. bis 23. Oktober 1999 in Sandbjerg/Dänemark) vorgestellt. – Vreni Stricker übersetzte das englische Original ins Deutsche, Gerd Stricker besorgte Bearbeitung und Adaption für G2W. G.S.

DR. TIBOR FABINY JR., BUDAPEST

Im Mittelpunkt dieses Beitrages stehen die Inaugurationsreden der Bischöfe der ungarischen Lutherischen Kirche (ELKU) aus den Jahren 1945 bis 1990, die sie jeweils bei Antritt ihres Bischofsamtes gehalten haben. Solche Reden verdienen wegen ihres naturgemäß programmatischen Charakters besonderes Interesse. Sie werden hier nicht isoliert betrachtet, sondern in den Kontext der ungarischen Kirchen-)Geschichte gestellt und analysiert. Die Beachtung des historischen Umfeldes ist in diesem Kontext ganz besonders notwendig, weil die in diesem Beitrag interpretierten Inaugurationsre-

den von Bischöfen gehalten wurden, deren Einsetzung an entscheidenden Punkten der ungarischen Geschichte erfolgte: 1945, 1948, 1957, 1958 und 1990. Was die neu ins Amt berufenen Bischöfe in ihren Reden ausgeführt haben, stellte stets eine Reflexion der politischen Entwicklungen dar, die zwangsläufig auch im kirchlichen Leben ihren Niederschlag fanden.

Christus Jesus ist unser Herr und das wahre Haupt der Kirche. Die irdischen Oberhäupter von Kirchen und andere Kirchenführer sind nie identisch mit der Kirche – auch sie sind nur Menschen, die menschlich handeln und sich oft genug auch irren. Hält man sich das vor Augen, leuchtet die These ein, wonach die stärk-

sten die Kirche schwächenden Kräfte im vergangenen halben Jahrhundert oft nicht das atheistische und totalitäre System gewesen sind, sondern daß es oftmals Menschen innerhalb der Kirche waren, die sie von innen heraus geschwächt oder gar in die Irre geführt haben. Man möchte mit Blick auf Ungarn zuweilen fast von einem „inneren Ausbluten“ (István Bogárdi Szabó) der Kirche sprechen.

Es kann in diesem Beitrag nicht darum gehen, frühere Kirchenführer nachträglich moralisch zu verurteilen. Andererseits ist aber eine theologische Bewertung dessen, was kirchliche Verantwortungsträger gesagt und getan haben, eine moralische Pflicht – dies um so mehr, als sich

die heutige Führung der ELKU bisher einer ernsthaften theologischen Bewertung der Vergangenheit entzieht. Es entsteht jedenfalls den Eindruck, als sei für die Haltung der Kirchenführung nach der Wende von 1989/90 eher Kontinuität hinsichtlich der kommunistischen Ära denn radikale Umkehr bzw. Neubeginn charakteristisch.

Historischer Hintergrund

In seiner ganzen Geschichte hat Ungarn immer zu den Verlierern gehört: Tataren, Türken, Habsburger, Deutsche und Russen sind über dieses im Karpaten-Becken eingeschlossene Volk hergefallen. Im „Frieden von Trianon“ (1920) verlor Ungarn zwei Drittel seines Territoriums; die unglückselige ungarische Politik während des Zweiten Weltkrieges brachte Ungarn den Vorwurf ein, der letzte Bundesgenosse Nazi-Deutschlands gewesen zu sein; schließlich wiesen Roosevelt, Churchill und Stalin auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945) Ungarn dem Herrschaftsbereich Stalins zu.

Im Jahr 1000 hatten die Ungarn das Christentum angenommen; im 16. Jh. brachte die Reformation erhebliche Veränderungen der religiösen Landschaft; die hauptsächlich von Jesuiten getragene Gegenreformation, durch die Habsburger kräftig unterstützt, hatte dann aber der katholischen Kirche wieder erhebliche Gewinne gebracht. Man spricht in Ungarn von drei „historischen“ Konfessionen: Vor dem Zweiten Weltkrieg rechnete man in Ungarn bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 10 Mio. mit einem **römisch-katholischen** Anteil von ca. 60%; mit 2,5 Mio. Gliedern war die **reformierte** (calvinistische) Kirche die stärkste protestantische Kirche. Die **lutherische** Kirche hatte durch die Grenzziehungen des Friedens von Trianon mehrere hunderttausend Glieder verloren und bildet sogar gegenüber den Reformierten eine fast verschwindende Minderheit: Heute sind von den 10–11 Mio. Einwohnern Ungarns nur rund 300 000 Lutheraner, also knapp 3%.

Im Jahre 1707 hatte eine lutherische Synode Ungarn in vier Diözesen aufgeteilt: Ost („Tiszántúli“), Mitte („Bányai“), Ost-Donaugebiet („Dunáninneni“) und West-Donaugebiet („Dunántúli“). Im Zuge der Zentralisierungsbestrebungen der Stalinära, die sich auch auf die Kirche auswirkten, wurden 1952 jedoch die vier Diözesen auf die zwei Diözesen „Nord“ und „Süd“ reduziert.

Gruppenbildung

Für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie ist das Vorhandensein verschiedener politischer Gruppierungen (z.B. „rechts“, „Mitte“, „links“) die Voraussetzung; politische Macht wird delegiert und dezentralisiert. In der totalitären Diktatur hingegen gibt es eine einzige Macht, die sich in einer „Spitze“ bündelt, von der praktisch jeder abhängig ist.

Die Beziehungen zwischen der Spitze und den übrigen sind hierarchisch geordnet – zentralisiert. Der einzelne Mensch oder gesellschaftliche Gruppierungen wie die Kirchen sind gerade in totalitären Systemen zu einer gewissen Anpassung gezwungen, ohne die ein Überleben kaum möglich ist.

In ihrer Haltung gegenüber totalitären, kirchenfeindlichen Regimen lassen sich grundsätzlich vier Gruppen unterscheiden: *Märtyrer*, die ihre konsequente Haltung mit dem Leben bezahlen; *Bekenner*, die nur widerwillig Kompromisse schließen; eine dritte Gruppe ist zwar *kompromißbereit*, versucht aber trotzdem, dem Glauben treu zu bleiben. Schließlich gibt es in einer vierten Gruppe solche, die bewußt oder unbewußt ihre Glaubensgrundsätze aufgeben und als *Kollaborateure* enden.

Auch die ungarischen Bischöfe haben höchst unterschiedlich auf die kommunistische Herausforderung reagiert: mit Tapferkeit, Vorsicht, Anpassung, Opportunismus oder sogar Verrat. Nach der Analyse der Inaugurationsreden von zehn Bischöfen zwischen 1945 und 1990 und unter Berücksichtigung des historischen Kontextes im kommunistischen Ungarn ergibt sich aber eine etwas andere Klassifizierung als die oben skizzierte – erstens: **Bekenner**, zweitens: **Kompromißbereite**, drittens: **Kollaborateure**; viertens: **Unentschiedene**.

Natürlich gibt es Übergänge: So waren „Bekenner“ in zweitrangigen Fragen durchaus zu Kompromissen bereit, und „Kompromißbereite“ waren bis zum gewissen Grade auch „Bekenner“. Trotzdem: Es gibt keinen Zweifel daran, daß

einige – „Bekenner“ – in schwierigen Situationen dem Evangelium und ihrer Kirche gegenüber standhalten, wenn sie erkannten, daß unabare Grundsätze auf dem Spiel stehen und daß andere – „Kompromißbereite“ – ebenfalls versuchten, dem Evangelium treu zu bleiben, daß sie aber doch allem nach einem angeblich vernünftigen Modus vivendi strebten. Ein „Bekannter“ sei sein Handeln nie nach den Diktanden der Politik aus, wurde nicht Politiker und Opportunisten; ein „Kompromißbereiter“ hingegen nahm, vielleicht auch nur vorübergehend, die Haltung eines „Realpolitikers“ an, wenn er davon überzeugt war, daß solches Handeln der Kirche diene.

Ein „Kollaborateur“, wie er in dem Beitrag verstanden wird, war in der Regel nur pro forma von der Kirche in einem ehrenleitenden Amt eingesetzt: In Wirklichkeit hatte die staatliche Führung die Berufung erzwungen. Andererseits: man einen solchen Mann nicht von herein als Verräter bezeichnen: Vieles hatte er nach seiner festen Überzeugung gehandelt, daß genau dies der einzige richtige Weg der Kirche im Sozialismus sei. – Unter den „Kollaborateuren“ zudem aktive und passive. Und es ist vorzuziehen, daß jemand passiv begann und aktiver Kollaborateur endete. – Allenfalls „entschieden“ könnte man die heftigen Kirchenführer bezeichnen, die ihrer Verantwortung gegenüber der Vergangenheit verdanken. Sie haben sich nicht bereit, die Reinigung der Kirche, die von der kirchlichen Basis verlangt wurden, in der Kirche mit dem notwendigen Engagement durchzusetzen.

Bekenner: Lajos Ordass

Von „Bekennern“ im Plural kann keine Rede sein: Es gibt eigentlich einen Bischof, der eine bekennende Haltung gezeigt hat, als es um die Befreiung von Grundsätzen ging: Bischof Lajos Ordass (1901–1978). Bischof der ELKU war er zwar von 1945 bis zu seinem Tode im Jahre 1978, d.h. über 33 Jahre. Er konnte er das Bischofsamt nur etwas als fünf Jahre ausüben, und zwar in zwei Phasen: von 1945 bis 1948 und von 1958 bis 1978.

Bereits als Senior in Mittelungarland als Pfarrer einer Budapester Gemeinde trug er kirchliche Verantwortung. Im Jahre 1942 im Krieg einen Bericht des schwedischen Bischofs Gustaf Aulen über den Frieden zwischen der Norwegischen Lutheranischen Kirche und den Nazis übersetzte, begab er sich in Gefahr; mit Hilfe des Schwedischen Roten Kreuzes half er Juden in Budapest zu fliehen. Am Tage vor der Besetzung Ungarn durch die Nazis hatte er aus Protest seinen deutschen Namen „Wolf“ zu „Orass“ magyarisieren lassen. Schon in den 40er Jahren äußerte er, daß die Kirche das „Gev



TIBOR FABINY jr.,

geb. 1955, Dr. phil., Anglist und Theologe, ist Professor für englische Literatur an der Katholischen Péter-Pázmány-Universität in Budapest; gleichzeitig leitet er als Direktor das Budapest Zentrum für Hermeneutische Forschung an der Reformierten Károli-Gáspár-Universität. Er ist als Sohn des gleichnamigen Budapest Kirchenhistorikers in der ELKU großgeworden. Er hat zwar Theologie studiert und beschäftigt sich immer wieder mit kirchenhistorischen und hermeneutischen Themen, doch ergriff Tibor Fabiny jr. ganz bewußt einen weltlichen Beruf, um seine geistliche Freiheit und seine kritische Distanz zur bisherigen lutherischen Kirchenleitung bewahren zu können.

der Nation“ sei, eine Institution, die Gott sogar vor der Familie begründet habe – die erste und letzte Zuflucht vor der Sturmflut.

Seine Inaugurationsrede vom 27. September 1945 als Bischof der Diözese Mitteleuropa leitete er mit zwei Thesen ein: *Erstens*: „Um die Kirche sollte man sich nicht ängstigen, da sie den Schatz des Evangeliums in sich trägt, den Gott bei der Schöpfung der Welt erschaffen hat. Der Kirche könnten die Stürme der Geschichte nichts anhaben; sie ist unbesiegbar.“

Zweitens: „Um die Glieder der Kirche muß man sich sorgen. Ihretwegen gibt es in der Kirche sehr viel zu tun; deshalb bedarf die Kirche dringend vieler Mitarbeiter.“

Hinsichtlich des Verhältnisses von Kirche und Staat galt für Ordass das Prinzip der Gegenseitigkeit: Die Kirche kann dem Staat Hilfe bieten; umgekehrt sollte es im Interesse des Staates liegen, der Kirche die Freiheit der Verkündigung zu gewähren. In Ordass' Argumentation wird ein typisch lutherisches Paradox erkennbar, wenn er erklärt, die Kirche müsse ihre Freiheit und Unabhängigkeit vom Staat verteidigen, damit sie in Zeiten politischer Umwälzungen das Gewissen des Staates leibe. Andererseits sollte sie aber auch am staatlichen Leben teilhaben, damit sie Mühen, Sorgen, Freuden und Hoffnungen mit der Nation teilen könne.

Die drei historischen Kirchen in Ungarn reagierten 1948 sehr unterschiedlich auf den sich ausbreitenden Totalitarismus: Der römisch-katholische Kardinal Mindszenty setzte auf politischen Widerstand; der reformierte Bischof Albert Bereczky lädierte für eine „Theologie der Reue“, weil seiner Meinung nach die Kirche in der Vergangenheit versagt hatte (Horthy-Regime, wenig Widerstand gegen den Faschismus). Und Bischof Ordass verteidigte die Kirche auf der Grundlage der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre, wie er es bereits in seiner Inaugurationsrede von 1945 formuliert hatte: „Unsere Kirche kennt ihre Pflichten gegenüber Staat und Demokratie, und sie will diese treu erfüllen. Die Kirche erwartet jedoch auch vom Staat, daß ihre Lehr- und Predigtstätigkeit nicht behindert werde.“ Ordass wünschte faire, theologisch korrekte Beziehungen zum Staat. Er bot den Repräsentanten des Staates die Unterstützung der Kirche an (jedoch nicht bedingungslos, wie dies einige seiner Nachfolger taten, die die Kirche zum Diener des Staates machten). Ordass war der Ansicht, daß die Kirche durch ihre kulturelle und soziale Tätigkeit (Schulen, Spitäler, Wohlfahrtsrichtungen etc.) zum Wohlergehen von Staat und Gesellschaft beitrage. Deshalb forderte sie eine finanzielle Unterstützung durch den Staat akzeptieren und auf der Grundlage vom Staat zu garantierende Selbstständigkeit bestehen, die das Recht, das Evangelium zu verkündigen und christliche



Der lutherische Bischof Lajos Vetö im Gespräch mit Otto Nuschke (links), Vorsitzender der CDU-Ost und von 1949–1957 Leiter des Amtes für Kirchenfragen in der DDR. Bildarchiv G2W.

Erziehung zu vermitteln, einschließt. Die Kirche sollte weder ein politisches Programm haben noch sich in die Politik einmischen: Das sei nicht ihr Auftrag. Wenn sich jedoch politische Ereignisse auf die Kirche oder ihre Glieder negativ auswirkten, dann sei es Pflicht der Kirche, die Probleme öffentlich zur Sprache zu bringen. Ein solches Problem stellte beispielsweise die grundlose Vertreibung der Deutschen aus Ungarn dar.

Ein überaus brisantes – ja wohl das brisanteste – Problem vor und nach 1948 stellte die Verstaatlichung der kirchlichen Schulen dar. Bischof Ordass wehrte sich mit allen Kräften dagegen, denn er war der Auffassung, daß der Verzicht auf die kirchlichen Schulen, auf denen bis 1948 das ungarische Schulsystem in starkem Maße beruht hatte, das Aufgeben eines historischen kirchlichen Auftrags bedeutete. Für ihn war die Schule ein Teil der Kirche.

Ordass stand auch aus einem anderen Grund unter starkem staatlichen Druck: Er wurde gedrängt, die Laien aus der Kirchenleitung zu entlassen. In Ungarn spielten Laien in der Kirche immer eine wichtige, auch führende Rolle; und diese Laien aus vorkommunistischer Zeit waren für das totalitäre, kirchenfeindliche Regime schwer zu kontrollieren und zu disziplinieren als die Bischöfe und die Pfarrerschaft. – Ordass weigerte sich, die Laien aus der Kirchenleitung zu entfernen.

Noch auf einem dritten Problemfeld forderte Ordass den Staat heraus: Dieser forderte von der Kirche die Unterzeichnung eines „Abkommens“, dessen Inhalt Ordass aber nicht akzeptierte. Seine Weigerung hatte im September 1948 einen typischen stalinistischen Schauprozeß zur

Folge, in dem Ordass pauschal vorgeworfen wurde, die Gesetze des Landes verletzt zu haben. Irgendwelche Anklagen wurden willkürlich aus der Luft gegriffen: Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis. So gelang es dem kommunistischen Staat, einen seiner unbeugsamsten Gegner aus dem Weg zu räumen. Zwar wurde Ordass nach Verbüßung der Gefängnisstrafe 1950 freigelassen, doch dauerte es bis 1956, daß er rehabilitiert und – im Zuge der ungarischen Revolution – wieder ins Bischofsamt eingesetzt wurde.

Ordass war durchaus bereit gewesen, mit dem Staat partnerschaftlich zusammenzuarbeiten, jedoch nur auf der fairen Basis gegenseitigen Einverständnisses; er war aber nicht bereit, gegen sein Gewissen zu handeln. Aus „realpolitischer“ Sicht verhielt er sich stur, halsstarrig; aus christlicher Sicht jedoch war er ein Bekenner, der in Fragen des Glaubens konsequent handelte.

Ihn gegenüber dem Kommunismus als einen „Dissidenten“ zu bezeichnen, trifft nicht den Kern. Er berief sich gern auf Eidvin Berggrav, den Bischof von Oslo, der ihm einmal gesagt hatte: „Wenn du für die geistige Freiheit der Kirche kämpfen mußt, paß auf, daß du dieses Ziel nicht mit politischen Motiven vermischst!“ 1956 konstatierte László Terray (ein ungarischer Pfarrer in der Emigration): „Bischof Ordass ist nicht ein Symbol für den Kampf des ungarischen Volkes gegen den Kommunismus geworden, wie dies bei Kardinal Mindszenty der Fall war. Die Haltung von Ordass ist eher als ‚Verteidigung‘ denn als ‚Widerstand‘ zu bezeichnen. Sein geistiger Mentor war Gandhi und nicht Papst Gregor VII.“ Ordass' Bekenntnis war geprägt von Luthers Theologie des Kreuzes.

Das ist der Grund, weshalb so viele Meditationen über das Kreuz aus seiner Feder vorliegen.

Kompromißbereite

Der Linie der Kompromißbereitschaft folgten die Bischöfe Zoltán Túróczy (1893–1971) und József Szabó (1902–1986), die aber – das sei hier nochmals betont – keineswegs Kollaborateure waren. Insgesamt beinhaltet die Theologie der „Kompromißbereiten“ ein rationales, ausgesprochen „politisches“ oder „kirchen-politisches“ Kalkül. Die kompromißbereiten Bischöfe selbst ließen für ihre Kirchenpolitik eine gewisse Doppelspurigkeit gelten – ein „sowohl – als auch“. Auf der einen Seite huldigten diese Geistlichen der weltlichen Macht: („Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist!“), auf der anderen Seite bekannten sie sich zum Glauben („und gebet Gott, was Gottes ist!“ Mt 22,21). Vertreter einer solchen Linie hatten oft einen pietistischen Hintergrund – Missionsgesellschaften, Erweckungsbewegung usw. – Sie waren, z.B. mit Blick auf die Verstaatlichung der (Kirchen-)Schulen, zum Kompromiß bereit, weil sie hofften, als staatliche Gegenleistung die Verkündigungsfreiheit bewahren zu können. Auch darin äußert sich natürlich eine bekennende und echt christliche Gesinnung. Doch im Unterschied dazu hielt sich Ordass lieber, wie dargelegt, an Luthers *Theologia crucis*. Und es war durchaus in Übereinstimmung mit den Bekenntnisschriften, daß die normalerweise sekundären Dinge (*adiaphora*), wie etwa die Schulen, in Zeiten der Verfolgung zu primären Anliegen werden können (Konkordienformel, Artikel X).

József Szabó

In seiner Inaugurationsrede vom 18. März 1948 analysierte Bischof József Szabó (1902–1985) ausgiebig den, wie er es sah, spirituellen Verfall der Kirche, der sich nicht nur an äußeren, sondern auch an inneren Anzeichen der Verweltlichung zeige. Auf eindrückliche Weise stellte er die Apathie der zeitgenössischen Christenheit dem dynamischen Leben der alten Kirche gegenüber. Zur Wiederbelebung der Kirche rief er zu Evangelisation und Mission auf.

Mit Blick auf die Beziehungen von Kirche und Staat erklärte er jedoch mit Nachdruck: „Wer immer behauptet, daß im heutigen Ungarn Christen verfolgt werden, unterliegt entweder einer Täuschung – oder aber er will andere täuschen!“ Und Szabó fügte warnend hinzu: Die lutherische Kirche, die in der Vergangenheit dem Fortschritt stets positiv gegenübergestanden hatte, solle nicht zur „Fliehburg der politischen Reaktion“ werden.

Für ihn bildete das gedeihliche Verhältnis von Kirche und Staat eine wichtige Voraussetzung für gegenseitiges Verständnis. „Es ist die Pflicht – und nicht etwa eine

Gnade – der Ungarischen Demokratischen Republik, der Kirche die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen. Wir müssen auf unserer theologischen Überzeugung bestehen, wonach der weltlichen Macht von Gott das Schwert an die Hand gegeben ist – doch auch zur Verteidigung der Sache Gottes. Kommt der Staat diesem Auftrag nach, dann erfüllt er seine Pflicht; tut er das nicht, schadet er sich selbst. Die Kirche soll dem Staat für seine Unterstützung natürlich dankbar sein; andererseits würde der Staat einen Fehler begehen, sollte die Kirche den staatlichen Schutz mit dem Verlust ihrer Freiheit bezahlen müssen. Die Kirche soll dem Staat nicht schmeicheln, sondern sein Gewissen sein – nur so kann sie den Willen Gottes verkünden und für ihn eintreten, auch vor der irdischen Macht.“

Unmittelbar nach den Inaugurationsfeierlichkeiten initiierte Imre Mihályfi, Vertreter des Präsidenten der Ungarischen Republik und Sohn eines früheren lutherischen Pfarrers, scharfe Angriffe auf führende Laien in der Kirchenleitung und verlangte energisch Neuwahlen. Kurz danach beschuldigte Pfarrer Imre Veöreös, Stellvertretender Vorsitzender des Pfarrerverbands, in einem Brief an den Generalinspektor der Kirche (= höchstes Amt eines Laien in der Kirchenleitung, damals Baron Radvánszky) die Kirchenleitung, sie habe die grundsätzlichen Veränderungen im politischen Leben Ungarns nicht verstanden. Veöreös meinte, die Kirche müsse unbedingt eine christliche Antwort auf die historische Herausforderung finden – aber ohne politische (d.h. „reaktionäre“, „anti-kommunistische“) Akzente! „Der politische Wunsch des Staates, politische unerwünschte Führer sollten aus der Kirche entfernt werden, ist schon lange auch der Wunsch der besten Glieder der Pfarrerschaft. Die Kirche soll sich auf ihre eigentlichen inneren Belange beschränken.“

Zoltán Túróczy

1948 war die lutherische Kirche theologisch noch weit entfernt von einer gemeinsamen Position einerseits in bezug auf die Leitung der Kirche an sich und andererseits in bezug auf ihre Beziehung zu dem sich immer totalitär gebenden Staat. Während Bischof Ordass die Kirche verteidigte, kamen die Bischöfe Túróczy und Szabó den Forderungen des Staates entgegen. Ordass bezeichnete diese Haltung als „Túróczy-Linie“. Zoltán Túróczy (1893–1971) entstammte einer bekannten lutherischen Familie, die angesehene Pfarrer und Bischöfe hervorgebracht hatte. Beeinflußt war er von der finnischen Erweckungsbewegung der 1920er und 1930er Jahre. Schon im Mai 1939 war er zum Bischof der Ost-Diözese ernannt worden.

Missionarischer Eifer und eine gesunde lutherische Theologie hatten seine In-

augurationsrede von 1939 und seine schöpferischen Wirken der folgenden Jahre bestimmt. Wegen einiger politisch rechts einzuordnenden Äußerungen wurde er nach dem Zweiten Weltkrieg zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Teil aufgrund der Intervention seiner Kirche kam er jedoch bereits 1946 wieder frei; am 14. Juni 1948 wurde er amnestiert.

Danach unternahm er alles, um innerhalb der ELKU die Annahme des Staat-konzipierten „Abkommens“ zwischen Staat und Kirche durchzusetzen. Auch er äußerte nun die Überzeugung, daß die Schule nicht direkt zur Kirche gehöre. Deshalb „darf für die Schule Märtyrerblut fließen“.

Túróczy war ein typischer Vertreter der doppelstrahligen Kirchenpolitik „sowohl – als auch“. Es war seine Überzeugung, daß wann immer Gott eine Tür schließt, er eine andere öffnet. Er glaubte wohl, daß die Kirche sich nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkt auf Evangelisation und Mission konzentrieren dürfe.

Am 8. September 1948 erfolgte die Verhaftung von Bischof Ordass. Am 10. Oktober seine Verurteilung. Das „Abkommen“ mit dem Staat wurde am 1. Dezember 1948 von Bischof Túróczy (wie vor Bischof der Ost-Diözese) und Generalinspektor Zoltán Mády unterzeichnet.

Zwei Tage später wurde Bischof Túróczy zum Bischof der West-Diözese ernannt. In seiner aufschlußreichen Inaugurationsrede unterschied er zwischen dem „Priester“ und dem „Gottesknecht“ der Kirchengeschichte sei der Gottesknecht zum „Priester“ und „Bischof“ formiert worden. Die neuen politischen Umstände jedoch würden den „Priester“ in den „Gottesknecht“ zurückverwandeln. Diesen Prozeß zu fördern sei die politische Aufgabe der Kirchenleitung.

Bischof Túróczy ließ in seine Rede weltliche Terminologie einfließen, spielsweise bezeichnete er die West-Diözese wegen dort verbreiteter „reaktionärer“ Ideen als ein „kirchenpolitisches Problem“. Die große Bedeutung von Bischof Túróczy als Prediger, Organisator und Pfarrer soll hier nicht in Abrede gesetzt werden. Aber sein Bemühen, sich ständig anzupassen, hatte für die Kirche in der Folge ernste Konsequenzen.

Vier Jahre später beschloß die Synode 1952 auf Druck der Staatsmacht die bereits erwähnte Reduzierung der Diözese von vier auf zwei. Damit gingen die Bischöfe Túróczy und Szabó ihrer Ämter verlustig. Abermals vier Jahre später – Gefolge der Rehabilitationspolitik von Bischof Ordass (1956) – wurde Bischof Túróczy zum Bischof der Nord-Diözese bestimmt, womit er zum dritten Mal ein Bischofsamt antrat. In seiner Inaugurationsrede vom 6. Februar 1957 sprach er vor allem von „Vorrang des Wortes“. „Es ist nicht Politik, die unsere Haltung gegenüber

vort, sondern es ist das Wort, das unsere Haltung gegenüber der Politik zu bestimmen hat.“ Das „Abkommen“ mit dem taat charakterisierte er sinngemäß folgendermaßen: Mit dem „Abkommen“ habe Gott verschlossene Fenster wieder geöffnet. Lediglich in der kurzen Zeitspanne des Jahres 1957 herrschte zwischen den Bischöfen Ordass und Túróczy Einvernehmen.

Kollaborateure

Als Kollaborateure werden hier (siehe oben) Kirchenführer bezeichnet, die de facto vom Staat ernannt worden sind und die, ob bewußt oder unbewußt, als aktive oder passive Kollaborateure die staatlichen Interessen zum Schaden der Kirche durchgesetzt haben.

Lajos Vető

Nachdem Zoltán Túróczy im Jahre 1948 als Bischof der Ost-Diözese zurückgetreten und zum Bischof der West-Diözese ernannt worden war, trat Lajos Vető (1904–1989) dessen Nachfolge als Bischof der Ost-Diözese an. Allerdings hatte die Kirchenleitung ursprünglich ganz anders verfügt: Sie hatte Pfarrer István Rözse in dieses Amt berufen. Doch offensichtlich wurde dieser den staatlichen Stellen überhaupt nicht genehm – schließlich setzten bei der Kirchenleitung die Ernennung von Lajos Vető zum Bischof der West-Diözese durch. Immerhin hatte dieser eine besondere Qualifikation vorzuweisen: Ende des Zweiten Weltkrieges hatte er als Übersetzer für die sowjetische Armee gearbeitet, weil er Russisch konnte.

In seiner Inaugurationsrede vom 22. Dezember 1948 zitierte Bischof Vető im 12.1: „Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen, von welchen mir Hilfe kommt.“ Die „Berge“ waren für ihn Sinnbild für Evangelium, Kirche und Protestantismus. Protestant sein bedeutete ihm: „aggressiv“ sein, und Luther sah er als „Wegbereiter des menschlichen, religiösen, sozialen, intellektuellen und kulturellen Fortschritts“. Bischof Vető erregte, daß das eine Woche zuvor unterzeichnete „Abkommen“ mit dem Staat keineswegs das Ende der Kirche bedeute, Pessimisten behaupteten, sondern zum Wiederen Erstarren und zur äußeren Entladung der Kirche beitragen werde. Damit war es der marxistischen Regierung Ende 1948 erstmals gelungen, einen Kandidaten in ihrer Wahl ins Bischofsamt zu bringen.

László Dezséry

Am 20. August 1949 wurde Ungarn als „Volksrepublik“; die „Diktatur des Proletariats“ wurde Staatsprinzip. Im April 1949 befand sich Bischof Ordass noch im Amt, als ein spezielles Kirchengesetz ihn verurteilte. Auf diese Weise distanzierte sich seine eigene Kirche offiziell von ihm: Sie ließ ihn fallen, was auch

seine Amtsenthebung bedeutete. Nach diesem Akt erfolgte im Mai 1950 die Entlassung von Bischof Ordass aus dem Gefängnis. – Nun hatte die Diözese Mitte 1949 einen Nachfolger für ihn zu bestimmen. Der einzige Kandidat war László Dezséry, ein früherer Universitätspfarrer, nun Pfarrer in Budapest und Herausgeber eines lutherischen Wochenblattes. Ursprünglich war Dezséry Mitglied der Sozialdemokratischen Partei gewesen; nach ihrer Vereinigung mit der Kommunistischen Partei wurde er deren Mitglied. Schon im Oktober 1948 hatte er einen 30seitigen „Offenen Brief zur Lutherischen Kirche“ verfaßt, in dem er die Führungskrise der Kirche ansprach und verlangte, daß die konservative durch eine progressive Kirchenleitung abgelöst werde.

Am 12. Juni 1950 erfolgte seine Einsetzung als Nachfolger von Bischof Ordass. Wenn Dezséry in seiner Inaugurationsrede von der „prophetischen Berufung“ der Kirche sprach, kommen einem automatisch ähnliche Wendungen des reformierten Bischofs Albert Bereczky in den Sinn. Unter „prophetische Berufung“ wurde damals eine politische, pro-kommunistische Einstellung verstanden. Dezsérys Rede ist ein Beispiel schlechten Stils und eines ganz primitiven Konformismus: So setzte er die Befreiung Ungarns vom Faschismus durch die Sowjets mit der Befreiung des Christen von der Sünde zu neuem Leben gleich. An die westliche Ökumene gewandt, verurteilte er den „Kreuzzug“ westlicher Mitchristen und Weltorganisationen, weil sie angeblich die finanzielle Unterstützung der ELKU eingestellt hatten, als sich diese weigerte, Widerstand gegen die kommunistische Volksrepublik zu leisten.

Dezséry war es auch, der 1952 die Reduzierung der ursprünglich vier Diözesen auf zwei durchsetzte: auf die Diözese Süd mit ihm selbst als Bischof und die Diözese Nord mit Bischof Vető an der Spitze. In seiner Amtszeit (1950–1956) unterwarf Bischof Dezséry die ELKU dem kommunistischen Staat.

Im Sommer 1956 zeichnete sich aber eine Wende ab. Verschiedenes deutete auf eine Rehabilitierung von Bischof Ordass hin; und tatsächlich forderte die Pfarrerkonferenz im September seine Rehabilitierung, die dann im Vorfeld der Revolution am 6. Oktober erfolgte. Am 23. Oktober 1956 brach die Revolution aus, worauf innerhalb weniger Tage die Bischöfe Dezséry und Vető zurücktraten. Am Reformationstag 1956 stand Lajos Ordass wieder in seiner Funktion als Bischof auf der Kanzel.

Leider können hier nicht die 18 folgenden Monate geschildert werden, während welcher Bischof Ordass wieder ahierte. Nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution durch die russischen Panzer am 4. November wurde die ELKU zu

einer wahren „Insel“ – dank der raschen Umbildung der Kirchenleitung durch Bischof Ordass. Das kirchliche Leben blühte wieder auf: Kirche war wirklich wieder Kirche. Erst 1958 gelang es dem Staat, Bischof Ordass zu entfernen. Die entsprechenden Staatsorgane lancierten Laien in die Kirchenführung, die bedingungslos das taten, was der Staat von ihnen forderte.

1957 wurde das berüchtigte Dekret Nr. 22 erlassen, wonach die Ernennungen kirchenleitender Persönlichkeiten nicht mehr ohne vorherige staatliche Genehmigung erfolgen durfte. Da das Dekret sogar mit rückwirkender Gültigkeit ausgestattet war, konnte Ende 1957 auch Bischof Túróczy seines Amtes enthoben und durch Bischof Vető ersetzt werden. Die Behörden ließen noch mehr als sechs Monate ins Land gehen, bis sie auch die Absetzung von Bischof Ordass veranlaßten. Dies geschah dann im Juni 1958, einige Tage, nachdem Premierminister Imre Nagy, Führer der Revolution von 1956, hingerichtet worden war.

Bischof Dezséry, der in der Zwischenzeit eine weltliche Karriere begonnen hatte, kehrte gerade für drei Stunden ins Amt zurück – nur, um sein Amtszimmer zu räumen. Später wurde er Journalist und bekannte sich öffentlich als Atheist. Es dauerte nicht lange, bis das Moskauer Marionettenkabinett, das Kádár-Regime, eine ihm genehme Person als Bischof der Süd-Diözese fand: einen 39jährigen Pfarrer aus Südungarn: Zoltán Káldy. Drei Jahrzehnte lang sollte er das Profil der Kirche bestimmen.

Zoltán Káldy

Der „einstimmig“ gewählte Zoltán Káldy (1919–1987) wurde am 4. November 1958 ins Bischofsamt eingesetzt. Auch Káldy hatte einen pietistischen Hintergrund; in den 1940er Jahren war er ein sehr beliebter Evangelist. Káldys Name steht für die „Theologie der Diakonie“, die den Charakter einer totalitären „offiziellen“ Theologie annahm; die Diakonie blieb der Kirche als alleiniges Betätigungsfeld überlassen.

In Káldys Inaugurationsrede kam die „Theologie der Diakonie“ aber konkret noch nicht vor: Sie sollte erst sechs Jahre später zum Begriff werden – als Káldy die Ehrendoktorwürde der Slowakischen Theologischen Akademie in Preßburg/Bratislava verliehen wurde.

Ansätze dieser Doktrin waren jedoch schon in seiner Inaugurationsrede von 1958 enthalten. An Hand dieser Inaugurationsadresse sowie der Dankesrede an die Preßburger Akademie von 1964 wird im folgenden Káldys „Theologie der Diakonie“ vorgestellt und kritisch beleuchtet.

Im Gegensatz zu den Reden von Dezséry und Vető war Káldys Inaugurationsrede ohne Zweifel theologisch ausgefeilt, andererseits ist alles, was er darin sagt, überaus anfechtbar. Káldy gründete

die Theologie kirchlichen Regiments auf drei Prinzipien: „Biblizismus“, „Konfessionalismus“ und „gesunder Menschenverstand“. Die Bibel und die Bekenntnisschriften hingegen sollte man nicht wörtlich nehmen. Sie müßten neuen historischen und politischen Kontexten angepaßt werden. Aus der „Barmer theologischen Erklärung“ (1934) zog er die Lehre, daß sich der Mensch in seinem öffentlichen Handeln von den Prinzipien des gesunden Menschenverstandes leiten lassen sollte.

Anknüpfend an eine speziell ungarische „Theologie des Gottesdienstes“, auf die hier nicht eingegangen werden kann, stellte Káldy den Gottesdienst in den Mittelpunkt seines Gedankenganges. Er unterschied zwischen dem „kürzeren Gottesdienst“ innerhalb und dem „längeren Gottesdienst“ außerhalb der Kirche. Seine Argumentation gipfelte in der Idee des „politischen Gottesdienstes“, womit er meinte: Die Kirche und ihre Glieder müßten sich für die richtige „Weltordnung“ einsetzen. Man fragt sich, wie Káldy seine Vorstellung vom politischen Wirken der Kirche theologisch begründete. Er argumentierte, daß – nach Luther – auch die Welt, das irdische Reich, Teil des Gottesreiches sei und daß der Christ in beiden Reichen lebe. Die lutherische Ethik mache keinen Unterschied zwischen säkularer und kirchlicher Ethik, zwischen irdischem und christlichem Wirken. Und schließlich: Die Liebe Jesu solle Christen zu politischem Handeln motivieren.

Káldys Haltung den ökumenischen Organisationen gegenüber entsprach in etwa der Position Dezsérys: Káldy hatte sich damals immer darüber beklagt, daß

die ökumenischen Organisationen über Personen aus dem Umfeld des amtsenthobenen Bischofs Ordass (das heißt von der Opposition gegen Káldy) eine leider „verzerrte“ Vorstellung von der ELKU gewonnen hätten. Davon einmal abgesehen meinte Káldy Ende der 50er Jahre, die Erklärungen der Ökumene, in denen soziale Ungerechtigkeit beklagt und die Bewahrung des Weltfriedens gefordert wurde, seien bei weitem nicht scharf genug. – 20 Jahre später, nachdem die Politik der ökumenischen Gremien wesentlich von Kirchenvertretern aus dem Ostblock bestimmt wurde, war eine solche Kritik Káldys überflüssig geworden – da wurde er sogar zum Präsidenten des Lutherischen Weltbundes gewählt (1984).

Als staatliche Kommissare in der Kirche figurierten jetzt verstärkte Laien in der Kirchenleitung, die sich in der Verdammung der angeblichen Gegenrevolution im Land und in der Kirche gegenseitig überboten.

Káldy entwirft in seiner Inaugurationsrede eine Theologie, die ganz einseitig auf die Welt, die Politik und die Gesellschaft gerichtet ist. Er kehrt die von Bischof Túróczy 1957 vertretene Auffassung um, indem er der Politik den Primat vor der Theologie – und nicht der Theologie den Primat vor der Politik einräumt. Káldys Theologie ist an der Situation Ungarns nach der Revolution von 1956 orientiert. Indem er den „langen Gottesdienst“ *in der Welt* schließlich mit dem „kurzen Gottesdienst“ *in der Kirche* gleichsetzte, wollte er die Theologie im Säkularen aufgehen lassen. In seinem Konzept der „allgemeinen“ Gnade sind die besondere Gnade und die Kreuzestheologie – die

Essenz der Ordass'schen Theologie – wässert. Wenn die Kirche aber nur da ist, um der Welt zu dienen, dann gäbe das Motiv der Mission verloren, die Essenz von Túróczys Theologie kennzeichnete. Káldys Theologie betont einseitig die „Taten“, den „Dienst“. Das Prinzip der Rechtfertigung durch den Glauben dagegen tritt völlig in den Hintergrund. Auch ist in dieser Art Theologie für die Lehre von der Erlösung durch Jesus Christus (Soteriologie) kein Platz.

Káldy rief die Kirche zu politischem Handeln auf. Das bedeutete aber, daß die Kirche den Weisungen des kommunistischen Staates zu folgen hatte, der natürlich auf keinen Fall kritisiert werden durfte. Damit ordnete sich die Kirche dem Staat unter, Kirche-Leiten war gleichbedeutend mit: Zusammenarbeiten mit dem kommunistischen Staat – oder (wie es damals hieß): Zusammenarbeiten „mit unserem Land, das den Sozialismus aufbaut“. Diese Haltung hatte einen fatalen psychologischen Effekt: Dem Kirchenvolk wurde ein Minderwertigkeitskomplex, ein Gefühl, sich immer unterordnen zu müssen und ständig vom Staat abhängig sein, eingepflanzt. In der Kirche gab es nun nur noch Unterwürfigkeit.

In seiner Rede anlässlich des Empfangs der Ehrendoktorwürde in Preßburg/Braunau 1964 hat Káldy, wie erwähnt, seine „Theologie der Diakonie“ entfaltet: Sie bietet das traurige Beispiel einer „totalitären Theologie“. Der Terminus „Diakonie“ wurde zum zentralen Punkt jeder theologischen Diskussion. Káldy begann mit einer neutestamentlichen Exegese und entwickelte daraufhin seine „diakonische Christologie“, worin er die Ansicht vertretet, daß Jesus nur um der Diakonie willen in die Welt gekommen sei – für nichts anderes (sic!).

Sünde und Erlösung wurden überhaupt nicht erwähnt; Hamartiologie (Lehre von der Sünde) und Soteriologie (Lehre von der Erlösung) kommen in dieser „Christologie“ überhaupt nicht vor. Sein ekklésiologischer Kernsatz lautet ungefähr: Jesus hat „die ganze Kirche zu einer diakonischen Institution umgestaltet“. Die Kirche dürfe nicht nur für ihr eigenes Heil leben; sie dürfe sich nicht darauf beschränken, allein sich selbst retten zu wollen. Nur dann habe die Kirche eine Zukunft, wenn sie sich für die Menschen opfere. Für Káldy hatte die Kirche ihre Aufgabe erfüllt, wenn sie in der Welt aufgeht. – Ein ungarischer Kirchenhistoriker, István Bogárdi Szabó, hat – als sich in den 1950er Jahren in der Reformierten Kirche ähnliche Tendenzen in der Theologie (dort war es die sog. „Theologie des Dienens“) ausbreiteten – konstatiert: Dabei handele es sich um nichts anderes als um eine Übernahme des marxistischen Axioms von der Verschwinden der Religion durch die Theologie.

Eine der gefährlichsten Schwächen die



Tellen an der 7. Weltversammlung des Lutherischen Weltbundes in Budapest (22.7.–5.8.1984) das Abendmahl aus (von links nach rechts): Bischof Zoltán Káldy, Präsident des LWB, Pfr. Eugene Brand und Pfr. Carl H. Mau, damaliger Generalsekretär des LWB. Foto: P. Williams.

„Theologie“ ist ihre Einseitigkeit, die zu führte, daß Kirche auf einen ihrer Silbereiche – die Diakonie – reduziert wurde. Aus diesem Grunde muß man im Zusammenhang mit der „Theologie der Diakonie“ von einer ihr innewohnenden totalitären Tendenz sprechen, die dem totalitären Charakter der marxistischen Ideologie und der kommunistischen Praxis entsprach. Hin und wieder kam Káldy zwar auf Luther zurück. Aber Luthers Theologie steht in absolutem Gegensatz Káldys Gleichsetzung von Kirche und Welt; sie beruht auf Antithesen und Paradoxen. Luther lehrt, daß der Mensch beides ist: gerecht und sündig, frei und dienend. Jesus Christus ist Herr und Diener zugleich.

Káldy hat Erlösungs- und Rechtfertigungslehre vernachlässigt, ebenso wie das „Reden von Christus“ – und hat damit die Kirche gleichsam „enthauptet“. Der „Káldy-ismus“ wurde zu einem dominierenden Grundzug in der ELKU. Anstatt „Leib Christi“ zu sein, wurde die ELKU – wie das einmal formuliert wurde – zum „Leib Káldys“, den Káldy durch seinen autoritären, alitäre-diktatorischen Führungsstil selbst zum Leben erhielt. Drei Jahrzehnte lang verwarfen sich verängstigte Dekane und Pfarrer und akzeptierten fast ohne Widerspruch alles, was Káldy sagte oder tat. Wer den Mut hatte, ihn oder seine Kirchenpolitik zu kritisieren, wurde in eine kleine Gemeinde versetzt. Gewiß – er hat auch weilen auch Pfarrer aus unbedeutenden Ämtern zu hohen kirchlichen Würden emporgehoben – aber diese mußten dann als Propagandisten des „Káldy-ismus“ dienen. 1966 setzte er auch noch ein Verbot, dem marxistischen Staat genehmes Kirchenstatut durch.

Es wäre aber ungerecht, würde man nicht auch auf einige positive Errungenschaften der Káldy-Ära hinweisen: eine neue evangelische Bibelübersetzung, eine neue von Bibelkommentaren, neue Gebetbücher, der Bau einiger neuer Kirchen und anderes.

Als im Sommer 1984 die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB) in Budapest zusammentrat, konnte Káldy die Delegierten also einige sichtbare Punkte vorzeigen. Daß aber unter Káldys Regiment Kopf und Seele aus der Kirche verschwunden waren (und nur das Übrige überlebt hatte) – das durchschauten nur wenige. Nur so ist das fragwürdigste Ergebnis der LWB-Vollversammlung 1984 in Budapest – die Wahl Káldys zum Präsidenten des LWB – zu erklären.

Káldys Schatten

Als Lajos Vető 1967 als Bischof der Diözese Nord zurücktrat, wurde **Ernö Ottlyk** (1918–1995), Professor für Kirchenrecht, zu seinem Nachfolger gewählt. Bischof Káldy wurde Senior – d.h. Oberbischof (er selbst nannte sich gern „Präsident-Bischof“). Ottlyk war ein opportunistischer, links-radikaler Kirchenhistoriker.

In seiner Inaugurationsrede vom 20. Juni 1967 formulierte er vage, geradezu vulgär-kommunistische Positionen, die er auch in „progressiven“ Publikationen verbreitete. – Káldy hatte ihn zum Bischof gemacht, und es war wiederum Káldy, der ihn 15 Jahre später absetzte.

Um 1981 stand fest, daß die erwähnte Vollversammlung des LWB 1984 in Budapest durchgeführt würde. Káldy war es peinlich, den Delegierten aus Westeuropa und Nordamerika eine Gestalt so provinziellen Zuschnitts wie Ernő Ottlyk zu präsentieren, der (wie zu befürchten war) mit prokommunistischen Äußerungen die westlichen Gäste verärgern würde. Káldy brauchte jemanden, der die ELKU würdiger vertreten würde als Ottlyk.

Dazu schien Káldy **Gyula Nagy** (geb. 1918), Professor für Systematische Theologie, geeignet, der mehrere Jahre in Genf (hauptsächlich im Dienst des LWB) tätig gewesen war.

In seiner Inaugurationsrede, die der neue Bischof der Nord-Diözese, Gyula Nagy, am 25. September 1982 hielt, kommt klar sein Bestreben zum Ausdruck, einerseits Káldys „Theologie der Diakonie“ fortzuführen, andererseits aber auch vorsichtige Korrekturen anzubringen. Keineswegs handelte es sich dabei um Kritik, sondern um einen Versuch darzulegen, daß die „Theologie der Diakonie“ vollkommen der gängigen „westlichen Theologie“ entsprach.

Bischof Nagy, ein weitgereister Mann, kannte aus seiner Genfer Zeit viele Delegierte, die froh waren, von einem früheren LWB-Offiziellen betreut zu werden. Bischof Nagy war auf der Vollversammlung des LWB in Budapest ein sehr wichtiger Sympathieträger für Káldy gewesen, dessen Wahl zum LWB-Präsidenten nicht zuletzt auch auf diesen Umstand zurückzuführen war. Als Káldys „Theologie der Diakonie“ 1983 erstmals auf eine theologisch begründete Kritik stieß (durch den ungarischen Exiltheologen und weltweit geschätzten Ökumeniker Vilmos Vajta, 1918–1998), verteidigten Bischof Nagy und verschiedene Laien in der Kirchenleitung Káldy öffentlich: „Wir weisen die Behauptungen [Vajtas] zurück!“

Káldy starb im Mai 1987. In der Funktion des Ober-Bischofs folgte ihm Gyula Nagy. Damals hatten sich in der Kirche bereits Kreise gebildet, die unüberhörbar strukturelle Veränderungen sowie ein Überdenken der theologischen Positionen des „Káldy-ismus“ verlangten. Trotzdem trafen die politischen Veränderungen des Jahres 1989 Bischof Nagy unvorbereitet – obgleich er doch immer versucht hatte, die Zeichen der Zeit zu erkennen und politisch korrekt zu reagieren: so machte er 1989 völlig unerwartet den Vorschlag, daß die Theologische Hochschule der ELKU Vilmos Vajta die Ehrendoktorwürde verleihen sollte. – Bischof Nagy

ist 1990, nach acht Jahren im Bischofsamt, zurückgetreten.

„Unentschiedene“

Nach Káldys Tod hatte Bischof Nagy zu dessen Nachfolger als Bischof der Süd-Diözese Béla Harmati (geb. 1936) bestimmt (Oktober 1987); und Bischof Imre Szezik (geb. 1938) trat nach dem Rücktritt von Gyula Nagy dessen Nachfolge als Bischof der Nord-Diözese an (März 1990). Ihre Inaugurationsreden sind einfach enttäuschend. Es handelte sich um ziemlich kurze, skizzenhafte Reden, die eine klare und substantielle Theologie vermissen lassen. Beide erklärten – auf die Umbruchsituation gemünzt – ziemlich vage, die geistige Erneuerung müsse sich vor der strukturellen vollziehen (mit anderen Worten: Konkrete Maßnahmen seien nicht so dringlich!).

Übrigens hatte die Kirche vor der Ernennung von Bischof Harmati noch die staatliche Genehmigung einholen müssen. Bei der Nominierung von Bischof Szezik war das nicht mehr notwendig, da das berüchtigte staatliche Amt für Kirchenfragen mit dem politischen Kollaps von 1989 verschwand. Und im März 1990 wurde auch das Abkommen zwischen Staat und Kirche von 1948 nach mehr als 41 Jahren für nichtig erklärt.

Béla Harmati hatte vor seiner Wahl zum Bischof die ELKU zehn Jahre lang als Mitglied des LWB-Stabs in Genf vertreten; Bischof Szezik war eine Reihe von Jahren Senior und Bischof-Stellvertreter gewesen. So waren beide eng mit der früheren Kirchenführung verbunden, obwohl sie hin und wieder versucht hatten, sich als Vorboten einer neuen Zeit zu profilieren. Der neue demokratische Staat hat ihre Position gestärkt, indem er Schulen, Spitäler, Gebäude und weitere vom Staat nach 1948 vereinnahmte Institutionen an die Kirche zurückgab. Vor allem jedoch hat großzügige finanzielle Unterstützung durch die bayerische Schwesterkirche die Stellung der beiden Bischöfe gefestigt.

In seiner Inaugurationsrede von 1987 hatte Bischof Harmati die (Wieder-)Herstellung der Eintracht innerhalb der Kirche als eines seiner wichtigsten Ziele bezeichnet. Nach 13 Jahren sieht man sich aber zu der Feststellung genötigt, daß es in der Geschichte des ungarischen Lutheriums kaum je eine Periode gegeben hat, in der es so viele Spaltungen gegeben hat wie in den vergangenen 15 Jahren – also in der post-kommunistischen Zeit und in den Jahren davor.

Die lange geforderte Synode ist schließlich 1991 zusammengetreten. Sie legte, nach sechsjährigem Ringen, fest, daß die Zahl der Diözesen der Kirche auf drei erhöht werden soll, um dadurch von der starken Zentralisierung wegzukommen und einer gewissen Dezentralisierung den Weg zu bereiten. In diesen sechs Jahren des Ringens in der Diözesen-Frage haben



Dr. Béla Harmati, leitender Bischof der ELKU, diskutiert mit Besuchern der 7. Weltversammlung des LWB in Budapest (1984). Foto: P. Williams.

die Bischöfe geradezu verzweifelt die zwei Diözesen verteidigt, die der Kirche, wie eingangs geschildert, anstelle der ursprünglichen vier Diözesen 1952 vom stalinistischen Zentralismus aufgezwungen worden waren. Die Bischöfe führten büro- und verwaltungstechnische sowie finanzielle Argumente ins Feld – für die theologischen Anliegen der Pfarrerschaft jedoch hatten sie kein Gehör.

Perspektiven „von unten“

Káldys „Theologie der Diakonie“ hat die Kirche drei Jahrzehnte lang paralyisiert. Einen ersten Durchbruch bildete ein berühmt gewordener „Offener Brief“ von Pfarrer Zoltán Dóka an die Führung des LWB zur Vollversammlung des LWB in Budapest 1984 (abgedruckt auch in G2W 9/1984, S. 25–27, Die Red.). Der Brief wurde dort zwar nicht öffentlich diskutiert, aber jeder wußte davon – sowohl die ausländischen Delegierten als auch die Glieder der Heimat-Kirche. Heimlich wurde der Brief unter den Pfarrern verbreitet.

Dieser Offene Brief enthielt erstens eine umfassende theologische Kritik an der „Theologie der Diakonie“ als solcher und zweitens eine Kritik daran, daß diese Theologie zur geistlichen Grundlage der gesamten Kirche gemacht worden war. Dóka sprach von einer „sozial-ethischen Manipulation des Evangeliums“, und er protestierte öffentlich gegen den „theologischen Terror“, mit welchem Káldy der Kirche diese Theologie aufgezwungen hatte. Auch kritisierte er Káldys diktatorischen Führungsstil und wies darauf hin, daß die „Theologie der Diakonie“ zur theologischen Desorientierung und zur

Zerstörung des geistlichen und intellektuellen Lebens in der Kirche geführt hatte.

Nach drei Jahrzehnten der Gehirn- (oder „Seelen-“) Wäsche wagte es hier ein einzelner Mensch, ein Dorfpfarrer, die Wahrheit in die Welt zu rufen. Das war in der Choreographie der Budapester LWB-Versammlung nicht vorgesehen!

Dóka hatte den Offenen Brief während eines Aufenthaltes in Westdeutschland verfaßt. Die Kirchenleitung hatte gehofft, daß Dóka dort bleiben werde und daß man ihn so als Emigranten abqualifizieren könnte. Aber Dóka kehrte nach der Generalversammlung Ende August nach Ungarn zurück, wo er von einem Kirchengericht verurteilt werden sollte. Plötzlich wurde aber die Klage zurückgezogen: Vielleicht waren die Kirchenführer erschrocken darüber, wie viele Sympathisanten Pfarrer Dóka in Ungarn und im Ausland hatte.

Im Dezember 1985 erkrankte Bischof Káldy schwer. Allmählich wich der Druck von der Kirche. Durch den Offenen Brief von Pfarrer Dóka ermutigt, verfaßte eine Gruppe von Pfarrern und Laien im März 1986 ein Dokument, das sie als „Brüderliches Wort“ bezeichneten und in welchem sie öffentlich kritisierten, daß die Diakonie in der Theologie der ELKU dem Evangelium gleichgestellt würde und daß dadurch eine Verwässerung des Evangeliums eingetreten sei. Sie forderten eine Dezentralisierung der Kirche sowie Wahlen, die völlig frei sein sollten von kirchenfremden Einwirkungen. Die Kirche solle wieder in ihre alten Rechte eingesetzt werden und auch ihre Schulen zurückerhalten. Es schade dem Selbstverständnis

der Kirche, wenn sie als Institution gezwungen ist, sich in die Politik einzumischen. Politisches Engagement sei das Recht der Kirchenglieder als Staatsbürger, nicht jedoch ihre Pflicht als Glied der Kirche.

Mit der Einheit der Unterzeichner des „Brüderlichen Wortes“ war es aber bereits nach einem Jahr vorbei. Die Initiatoren, Pfarrer Zoltán Dóka und Pfarrer Gábor Ittész, trennten sich von jenen, die auch dann wieder zu Kompromissen bereit waren: Professor Róbert Frenkl, ein Unterzeichner des Dokumentes, akzeptierte seine Ernennung zum „Inspektor der Süd-Diözese im Zusammenhang mit der Wahl von Bischof Harmati zum Bischof am 24. Oktober 1987. – 1989 wurde Frenkl sogar „Generalinspektor“ der Gesamtkirche.

Anfang 1989 trafen sich Pfarrer Dóka und Pfarrer Ittész regelmäßig mit 10–15 Pfarrern und Laien, um die brennenden Fragen der Kirche zu beraten. Im Juni 1989 wurde ein weiteres Dokument – „Der Aufschrei“ – von einer „Erneuerungsbewegung“ verbreitet, die etwa dreißig Mitglieder umfaßte. Darin wurden radikale Veränderungen in der Kirche, die theologische Aufarbeitung der Vergangenheit, die Dezentralisierung der Kirche und die Einberufung einer Synode gefordert.

Im März 1989 wurde in Budapest der „Lajos-Ordass-Kreis“ gegründet, der das Erbe von Ordass fördern und die radikale Erneuerung der Kirche vorbereiten wollte. Die Mitglieder waren fast dieselben wie die des Dóka-Kreises („Der Aufschrei“). Der Ordass-Kreis war rechtlich anerkannt – dadurch konnte er (vermutlich die erste) unabhängige kirchliche Zeitschrift „Christliche Wahrheit“ (Keresztény Igazság) herausgeben.

Zehn Jahre schon ist diese unabhängige Vierteljahreszeitschrift das Medium derjenigen, die in der ELKU eindeutig Veränderungen fordern. Leider hat sich aber in den letzten Jahren ihr ursprünglich sehr weiter Horizont verengt. Sie ist zur Zeitschrift einer kleinen, in sich geschlossenen, isolierten „Opposition“ geworden, die viel Energie darauf verschwendet nachzuweisen, daß die jetzige Kirchenführung „illegitim“ sei. Einerseits wegen interner Spannungen, Halsstarrigkeit und vor allem wegen der barschen Sprache seitens der „Opposition“, andererseits wegen der geschickten Manöver und Manipulationen seitens der politisch gestützten Kirchenführung sind die eigentlichen Reformvorstellungen nur zum Teil Gegenstand der öffentlichen Diskussionen in der Kirche geworden.

Die gegenwärtige Lage ist alles andere als ideal: Es bedarf Gottes heilender Gnade, denn der Leib der Ungarischen Lutheranischen Kirche ist trotz des äußeren Erscheinungsbildes ernsthaft krank – ob wir ihn jetzt „von oben“ oder „von unten“ betrachten.